Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 175. **Freitag** den 24. Juni 1881. **75. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Reinigung des Hochreservoirs der städtischen Wasserleitung wird in der Nacht vom 2. zum 3. Juli, die Spülung der Hauptröhren in der Nacht vom 4. zum 5. und vom 5. zum 6. Juli, endlich vom 6. Juli laufenden Jahres an die Spülung durch die Zweigpesten am Tage stattfinden, was hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, den 22. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Stockholz-Auction.

Montag, den 4. Juli c., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf den Mittelwaldschlägen in Abth. 27 und 30a.

ca. **400 Haufen kleingemachtes Stockholz**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der schwarzen Brücke in der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 20. Juni 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Fuhren-Verdingungen.

Die Anfuhre bez. Anlieferung der zur Unterhaltung der städtischen Chausseen und Straßen in den Oberhaufseherbezirken **Gohlis, Lindenau, Wachau und Zweckau für das Jahr 1882** erforderlichen Materialien soll

Montag, den 27. Juni d. Js. Vormittags 9 Uhr

in den Localitäten der mitunterzeichneten **Bauverwalterei** — im Schlosse Pleißenburg — unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen an die Mindestfordernden öffentlich **verdungen** werden, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 12. Juni 1881.

Königl. Chausseeinspection. Michael. **Königl. Bauverwalterei.** Schurig.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 24. Juni.

Zum Besuche Sr. Majestät des Kaisers trafen am Dienstag Mittag der Großherzog und die Großherzogin sowie die Prinzessin Victoria von Baden nebst Gefolge in Ems ein und wurden vom Kaiser und dem Könige von Schweden am Bahnhof empfangen. Die badischen Herrschaften statteten alsbald dem Könige von Schweden im Hotel zu den 4 Thürmen einen Besuch ab, nahmen dann mit dem König von Schweden beim Kaiser das Mittagsmahl ein und traten um 4½ Uhr die Rückreise an. Nach dem Diner erschien der Wirkl. Geh. Legationsrath von Bülow bei dem Kaiser zum Vortrag. Am Mittwoch früh empfing Se. Majestät nach der Brunnencur den Hofmarschall Grafen Perponcher und den Chef des Civilcabinets von Wilmowski.

Der Bundesrath braucht ungewöhnlich lange Zeit, um sich über die Annahme der drei großen Gesetze betreffend die Unfallversicherung, die Innungen und die Stempelsteuer in der vom Reichstag hergestellten Fassung schlüssig zu machen. Bezüglich des Unfallversicherungs-Gesetzes wird man an der Ablehnung nicht mehr zweifeln können; dagegen werden wohl die beiden andern Gesetze die Zustimmung des Bundesraths finden. Von conservativer Seite wird bekanntlich gegen die Annahme agitirt, in der Erwartung, daß ein späterer Reichstag die weitergehenden Vorschläge, die in der letzten Session glücklich abgewehrt worden, annehmen werde. Man wird indeß voraussetzen dürfen, daß der Bundesrath besonnen genug ist, sich dieser Täuschung nicht hinzugeben. Ein im Sinne der Conservativen günstiger zusammengesetzter Reichstag als derjenige, der in dem Präsidium Goßler seinen Ausdruck fand, wird gewiß so bald nicht wieder zusammenkommen. Es steht aber auch zu erwarten, daß der Bundesrath bezw. der Reichskanzler, wenn sie die beiden Gesetze in der jetzt vorliegenden Gestalt annehmen, darin eine endgültige Regelung dieser Fragen erblicken, nicht eine Abschlagszahlung mit dem Vorbehalt, demnächst mit den weitergehenden Vorschlägen aufs Neue hervorzutreten.

Die Berufung des neuen Reichstags gegen Ende November steht nach zuverlässigen Nachrichten fest. Man wird dabei voraussetzen müssen, daß die Absicht besteht, den preußischen Landtag zwei Mal einzuberufen, vor und nach der Reichstagssession. Zur Einberufung des Landtags vor dem Reichstag nöthigt schon der Ablauf des neuesten Kirchengesetzes, dessen wesentlichste Bestimmungen bekanntlich nur bis Ende dieses Jahres gültig sind. Herr von Goßler wird sein neues Amt gewiß nicht damit beginnen wollen, daß er dieses „Friedensgesetz" verfallen läßt; eher wird er wohl darauf bedacht sein, eine oder die andere der damals abgelehnten Bestimmungen aufs Neue vorzuschlagen. Es nöthigt aber ferner zum Zusammentritt des Landtags vor dem Reichstag auch die Verfassungsbestimmung, wonach die Einberufung des Landtags in der Zeit vom November bis Januar zu erfolgen hat, und es wird endlich eine Verlegung des preußischen Etatsjahres auf die Dauer nicht zu umgehen sein. Die Auseinanderreißung der Landtagssession ist nun auch kein wünschenswerther Zustand und für die Zukunft wird man hoffen dürfen, daß den Wünschen des Reichstags noch mehr, als es in der Eröffnung der Session Ende November der Fall ist, Rechnung getragen wird und der Reichstag Ende October oder Anfang November zusammenkommt, um dann den Landtagen die Zeit von etwa Februar an uneingeschränkt zu überlassen.

Es wird vielfach die Frage erörtert, ob der Posten eines Vicekanzlers und Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums nach dem Rücktritt des Grafen Stolberg wieder besetzt werden wird. Eine bestimmte Entscheidung scheint bei der provisorischen Ordnung, die immer mehr Brauch wird, noch nicht gefaßt zu sein; es werden dabei wohl persönliche Verhältnisse und Rücksichten den schließlichen Ausschlag geben. Ein Bedürfniß für die ganze Stelle liegt gewiß nicht vor; Das hat doch wohl schon die bisherige kurze Geschichte dieses Amtes bewiesen. Weder hat die Errichtung dieser Stelle den Reichskanzler erheblich entlastet, noch hat sie dazu beigetragen, den Verkehr zwischen Regierung und Reichstag zu erleichtern. Die persönlichen Eigenschaften des Grafen Stolberg waren gewiß nicht allein die Ursache, daß man an die Existenz dieses Amtes fast kaum mehr erinnert wurde. Es scheint, daß die Zwischenstufe des Vicekanzlers und Vicepräsidenten nur dazu beigetragen hat, den Regierungsmechanismus, die Stellung der Minister zu dem Reichskanzler zu verwickeln und zu erschweren, und noch mehr würde Dies ohne Zweifel der Fall gewesen sein, wenn ein Mann mit mehr Unternehmungsgeist und Thatendrang die Stelle bekleidet hätte als Graf Stolberg. Namentlich der Stellung des Chefs des Reichsamts des Innern, die doch nächst dem Reichskanzler noch immer den Mittelpunct des Reichsbehörden-Organismus bildet, kann die Einschiebung eines Vicekanzlers nur nachtheilig sein. Einen Grund zum Bedauern, wenn die Stelle ganz eingeht, kann man nicht erblicken.

Mit Bestimmtheit kann mitgetheilt werden, daß demnächst weitere Veränderungen in den höheren Verwaltungsämtern Preußens bevorstehen. Man bezeichnet die Oberpräsidenten Dr. Achenbach in Potsdam, v. Kühlwetter in Münster und v. Ende in Kassel als Diejenigen, welche entweder ihrer Versetzung oder ihrem Uebertritt in den Ruhestand entgegen zu sehen haben.

Nicht ohne Besorgniß sieht man in Regierungskreisen gemäßigter Richtung den weiteren Wahlvorbereitungen der sogenannten Conservativen in Berlin entgegen. Die Agitation artet hier immer mehr zu einer förmlichen wilden Jagd aus, und wenn in den reactionairen Versammlungen noch weiter solche Lehren gepredigt werden, wie sie der klerikalconservative Mischling Herr Cremer verbreitet, „daß man unter Umständen dreinschlagen müsse", kann es nicht Wunder nehmen, wenn die raufbolbige antisemitische Jugend sich Das hinter die Ohren schreibt und in majorem gloriam Romae demnächst loszuprügeln anfängt, zur Schande Deutschlands und der Reichshauptstadt.

In der conservativ-gouvernementalen Presse wird die Haltung der Nationalliberalen zum Unfallversicherungsgesetz zur Agitation ausgebeutet, als ob diese Partei sich dem ersten großen Versuch einer arbeiterfreundlichen Maßregel entgegengestemmt habe. Diese Darstellung wird voraussichtlich in der Wahlbewegung noch oft wiederkehren, und es ist angebracht, ihr bei Zeiten entgegenzutreten. Die Nationalliberalen haben dem Gesetzentwurf keineswegs rein ablehnend gegenüber gestanden. Sie haben vielmehr seinen Grundgedanken, die obligatorische Versicherung, als zweckmäßig und richtig anerkannt und waren geneigt, dem Gesetz in einer Form zuzustimmen, in welcher der Zweck desselben vollkommen hätte erreicht werden können. Sie konnten nur den Staatszuschuß und den Ausschluß der Privatversicherung nicht billigen, und in den Abänderungen, welche durch conservativ-klerikale Verständigung zu Stande gekommen, namentlich der Ersetzung der Reichsanstalt durch Landesanstalten, mußten sie eine Verschlechterung erblicken. Wenn man ohne Nebenabsichten nur den menschen- und arbeiterfreundlichen Zweck des Gesetzes hätte erreichen wollen, so hätte man sehr wohl das Werk auf der von den Nationalliberalen vorgeschlagenen Grundlage annehmen können. Daß Dies nicht geschehen, erregt den Anschein, daß man es aus politischen Gründen wünschte, die Liberalen zu Gegnern des Gesetzes zu haben.

Der kleine Krieg gegen die Reichshauptstadt, den die Regierung führt und zu welchem Fürst Bismarck in der Miethsteuerdebatte das Signal gegeben, verleugnet sich nicht in den großartigen Versprechungen, die preußischen Wasserstraßen auszubauen und einheitlich zu regeln. Von hervorragender technischer Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bezügliche officiöse Mittheilung den wichtigsten Punct des deutschen Canalsystems der Zukunft, nämlich die Ausbildung Berlins zum Centrum oder gewissermaßen zum Sammelhafen der Canäle, völlig mit Stillschweigen übergeht. Es ist wohl von dem Bau der Wasserstraßen vom Rheine bis zur Elbe und zur Ostsee die Rede, aber diese neuen Wege laufen sich nach Osten hin todt, wie man in der Verkehrssprache sagt; es fehlt die Fortsetzung in der Richtung auf Berlin. Nun liegen aber gerade für Berlin die reifsten und genauesten Projecte schon seit Jahren vor, wie beispielsweise der Canal nach Rostock und der nach Dresden. Will man nicht, was doch kaum statthaft erscheinen sollte, in der angekündigten Fürsorge der Regierung ein Wahlmanöver erblicken, so bleibt Nichts übrig, als in dem aufgestellten Arbeitsprogramm die Zeichen unverdienten Uebelwollens gegen die Landeshauptstadt zu sehen, deren Aufschwung und deren Verkehrsbeziehungen somit auf die sonderbarste Weise von der Welt „gefördert" werden.

Wenn Herr Stöcker und seine Freunde um einen neuen Beweis verlegen sein sollten, daß es mit dem Auswendiglernen von Sprüchen und Kernliedern als der von ihnen empfohlenen hauptsächlichsten Grundlage des Volksschulunterrichts nicht gethan ist, so seien sie auf den Bericht über die letzten Tage des am Sonnabend in Oels hingerichteten Raubmörders hingewiesen. Danach hat dieser dreifache Mörder, der nicht richtig lesen und schreiben konnte, bei den Unterhaltungen mit dem Anstaltsgeistlichen „eine überraschende Kenntniß geistlicher Lieder und Sprüche an den Tag gelegt". Da er jetzt im 30. Jahre stand, kann unmöglich die Falk'sche Schule für den Bildungsgang des Verbrechers verantwortlich gemacht werden, vielmehr hat ihn wie Hödel die Schule der Regulative und das System Raumer-Mühler erzogen. Niemand wird diese Schule und dieses System für die Verbrechen jener Leute verantwortlich machen, aber die Gegner sollen aufhören, den Grund zu der Sittenverwilderung der heutigen Generation in der von einem freieren Geiste dictirten Unterrichtsordnung zu suchen, und deshalb kann man ihnen Beispiele wie das obige nicht oft genug unter die Augen halten.

Der „Magdeb. Ztg." schreibt man aus Thüringen, 21. Juni: Wenn ich Ihnen vor einiger Zeit berichten konnte, daß Stöcker mit seiner Encyklika gegen die moderne Theologie und die theologische Facultät Jena Nichts erreicht hat, so kann ich Ihnen heute mittheilen, daß Stöcker's Auftreten in Eisenach doch nicht ohne gute Folgen geblieben ist. Die Geistlichen Thüringens, in großer Zahl und den verschiedenen theologischen Richtungen angehörig, wollen Nichts von der Stöcker'schen Papstkirche, Nichts von dem Anathema gegen Jena und die moderne Theologie wissen und sie werden dieser ihrer Ueberzeugung demnächst in einem offenkundigen Proteste feierlichen Ausdruck geben. Die große Mehrzahl der thüringischen Geistlichkeit hat in Lehre und Wandel praktisches Christenthum bewährt und verbreitet, und sie wird und will nicht dazu beitragen, das Ketzerrichterthum auf Kanzel und Katheder zu etabliren.

Der Kaiser von Oesterreich hat folgende Ergänzung der organischen Bestimmungen für den Generalstab anbefohlen. An der Spitze des Generalstabes steht ein höherer General mit dem Titel „Chef des Generalstabes". Derselbe ist Chef des Generalstabes für die gesammte bewaffnete Macht und steht persönlich unter den unmittelbaren Befehlen des Kaisers. Er ist zugleich Hülfsorgan des Kriegsministers und richtet seine Anträge an Diesen, ist jedoch auch befugt, über wichtige in das Ressort des Generalstabs gehörige Angelegenheiten durch den Kriegsminister an den Kaiser Vorträge zu erstatten und Anträge zu stellen.

Die Schweizer Socialdemokraten wollen sich bei dem von der Züricher Cantonsregierung erlassenen Verbot der Abhaltung des diesjährigen Congresses ihrer Partei in Zürich nicht beruhigen, haben sich vielmehr mit einem Recurs ans Bundesgericht gewendet. Die öffentliche Meinung der Eidgenossenschaft bleibt dem revolutionairen Treiben andauernd abhold; u. A. schreibt man dem Berner „Bund" aus Winterthur:

Unsere Regierung hat bei allen Denen, welche noch wissen, was es heißt, Bürgerrechte zu besitzen, mit ihrem Verbot des Socialistencongresses einen Stein im Brett gewonnen. Es handelte sich bei diesem Entscheid im Grunde genommen weniger um die Sache, als um den Grundsatz, ob unsere Regierung das Recht habe, Ausländer anders zu behandeln als die Bürger der Schweiz und des eigenen Cantons. Dieses Recht mußte ihr jeder vorurtheilslose Mann als Ausfluß seiner eigenen Bürgerrechte zugestehen, und daß die Regierung von diesem Rechte in verneinendem Sinne Gebrauch machte, ist auch nicht von Schaden, denn das Schwatzen von Hasenfuß, wie Rochefort, und von Humanisten, welche vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen, können wir mit Gewinn entbehren. ... Wenn die demokratische Partei an der Entscheidung der Regierung zu rütteln versuchen wollte, würde unfehlbar eine wohlthätige Reaction nicht ausbleiben, das heißt die Partei würde noch mehr von ihren Leuten aus ihren Reihen ausscheiden sehen, als Das bis anhin der Fall gewesen ist.

Die Straßenkämpfe, welche in Marseille zwischen Franzosen und Italienern gewüthet, haben die Bedeutung eines großen politischen Ereignisses erlangt. Wer dieselben provocirt hat, erscheint in diesem Augenblicke fast unnöthig zu untersuchen; die Wirkung auf die öffentliche Meinung ist in beiden betheiligten Ländern eine bedenkliche, in Frankreich wie in Italien ist der Schrei der Entrüstung gleich allgemein und Unheil verkündend. Die tiefe Verstimmung, welche zwischen den beiden Nationen seit längerer Zeit herrschte, die Erbitterung, welche sich auläßlich der tunesischen Angelegenheit kundgegeben, haben sich in nationalen Haß verwandelt, der zu jeder Stunde neue ähnliche Ausbrüche wie die Marseiller erzeugen mag. Beide Parteien wälzen die Schuld von sich ab, beide überhäufen sich mit Vorwürfen der schmählichsten Art. Der nationale Fanatismus giebt sich in Aeußerungen kund, die häufig geradezu an das Kindische streifen, wenn man beispielsweise die fremden Eindringlinge beschuldigt, den Einheimischen das Brod vom Munde wegzuessen. Gegenüber diesen Hetzereien und der hohen Erregung haben die beiderseitigen Regierungen einen schweren Stand. An dem Ernste der französischen Regierung, die Schuldigen von Marseille zur Verantwortung zu ziehen, hat man kein Recht zu zweifeln; beiderseits werden bedauernde Entschuldigungen ausgetauscht werden, aber die Interpellationen der Entrüstung in den Parlamenten werden die Erregung trotz alledem noch eine Zeit lang wach erhalten und auf alle Fälle wird der Groll unter der Asche weiter glimmen.

Privatberichte aus Marseille melden, daß die Opfer der jüngsten Unruhen in aller Stille beerdigt werden sollen, um der Aufregung nicht neue Nahrung zu geben. Die Behörde forderte die Zeitungen auf, keine Aufschlüsse über Tag und Stunde der Beerdigung zu geben. In der Stadt sieht es traurig aus, Handel und Geschäfte stecken. Allgemein mißbilligt man es, daß die Eisenbahnverwaltung sowie einige bedeutende Fabriken ihr italienisches Personal entlassen haben. Die Einsichtsvolleren sind bemüht, weitere Entlassungen zu verhindern, da man schlimme Folgen besorgt, wenn etwa 15,000 Arbeiter plötzlich beschäftigungs- und brodlos würden.

Nicht nur in Turin, sondern auch in Neapel und Genua haben in den letzten Tagen Demonstrationen stattgefunden, welche den Zweck hatten, gegen die bekannten Vorfälle in Marseille Verwahrung einzulegen. In der Abgeordnetenkammer des italienischen Reichstags erklärte am Mittwoch der Ministerpräsident Depretis, daß diesen Demonstrationen mit gesetzlichen Mitteln begegnet worden sei. Ein ernster Fall, durch welchen die guten Beziehungen zwischen Italien und Frankreich gestört werden könnten, sei nicht vorgekommen. Er behalte sich die Beurtheilung des Vorgehens der Behörden vor, bis ihm Einzelheiten vorlegen würden, halte jedoch das Verhalten der Behörden für anerkennenswerth. Ein Beweis hierfür sei ein Schreiben des französischen Consuls in Neapel an den dortigen Präfecten, in welchem Ersterer für die Unterdrückung der Demonstration und die Verhinderung jeder Unordnung, bei welcher das Consulat hätte verletzt werden können, seinen Dank ausgesprochen habe. Das Ministerium habe die Präfecten angewiesen, alle Demonstrationen hintanzuhalten, welche die guten Beziehungen Italiens zu den auswärtigen Mächten schädigen könnten. Das Ministerium werde unerbittlich gegen Jedermann sein, der die öffentliche Ordnung störe. Die Interpellanten nahmen die Erklärung des Ministerpräsidenten zur Kenntniß und sprachen die Hoffnung aus, daß die Nachbarstaaten, die stets großmüthig gewesen seien, denselben Weg wie die italienische Regierung einschlagen würden.

Im Senate Rumäniens theilte am Mittwoch Joan Bratiano, in der Kammer der Deputirten Rosetti die Zusammensetzung des neuen Cabinets mit, indem sie erklärten, das Ministerium sei hinlänglich bekannt und es bedürfe daher der Vorlegung eines Programmes nicht. Die Gleichartigkeit des Cabinets verbürge die Fortsetzung des begonnenen Werkes. In der Kammer verlangte Jenesco eine parlamentarische Untersuchung über die Thatsachen, welche seiner Zeit gegen den General Slaniceano im Senate das Tadelsvotum veranlaßt hätten. Rosetti erwiderte, der ehemalige Kriegsminister Slaniceano habe bereits ein bezügliches Gesuch an den Ministerrath gerichtet. Der Untersuchungs-Ausschuß wäre vom Senate zu wählen, in dessen Schooße der erwähnte Zwischenfall stattgefunden habe. Die Kammer wählte hierauf mit 61 gegen 1 Stimme Demeter Bratiano zu ihrem Präsidenten; 7 Deputirte enthielten sich der Abstimmung.

Das Ministerium Sagasta im alten Lande der Glaubenseinheit hat eine merkwürdige Entschließung gefaßt. Es steht nunmehr fest, daß die spanische Regierung allen Juden, die aus Rußland oder aus irgend einem andern Lande vertrieben werden, Gastfreundschaft in Spanien anzubieten entschlossen ist. Eine eigene Schifffahrtslinie soll zu diesem Behufe aus Odessa, Konstantinopel und Salonichi nach einem spanischen Mittelmeerhafen eingerichtet werden, auf welcher die jüdischen Familien unentgeltlich nach jüdischen Colonien, die in zwei Provinzen Spaniens zu begründen wären, gebracht und dort installirt werden sollen. Außerdem sollen in Konstantinopel und in Salonichi auf Kosten der spanischen Regierung Schulen eröffnet werden, in denen nicht nur die spanische Sprache und Literatur gelehrt, sondern auch anderweitiger Unterricht unentgeltlich ertheilt werden soll. Auf dieses Gerücht hin hat sich soeben eine jüdische Deputation beim neuen spanischen Gesandten Grafen Rascon gemeldet, um sich zu erkundigen, wie weit diese Nachricht begründet sei. Graf Rascon, ein sehr aufgeweckter und gewiegter Staatsmann, der eben seinen Posten in Berlin mit demjenigen bei der Pforte vertauscht hat, antwortete der Deputation, daß er dem Könige von Spanien vorgeschlagen habe, das alte historische Unrecht Spaniens gegen die Juden zu sühnen und sie mit offenen Armen zu empfangen, weil sie durch ihren Unternehmungsgeist allenthalben wohlthätig gewirkt haben. Er theilte der Deputation eine Depesche mit, die er vom König von Spanien Tags vorher erhalten hat und in welcher der König die Pläne des Grafen Rascon vollständig billigt. Ob das spanisch-russische Uebersiedelungsproject praktisch durchführbar, ist noch sehr die Frage; einfach ist die Sache jedenfalls nicht. Selbst wenn die russische Regierung gewähren läßt, ist eine Uebersiedelung von 60,000 Menschen keine Kleinigkeit. Und wovon sollen die Einwanderer in Spanien leben? Vermögend ist ja doch nur ein geringer Theil derselben, die Mehrzahl lebt vom Klein- und Zwischenhandel. Diesen können Leute, die der Landessprache nicht mächtig sind und die Landessitten nicht kennen, nicht betreiben. Es müßten Jahre vergehen, bis die Einwanderer sich selbst erhalten könnten, in der Zwischenzeit müßte die Regierung sie erhalten. Jedenfalls gehört die in Aussicht stehende Rückwanderung der Juden nach Spanien zu den merkwürdigsten Erscheinungen unseres Jahrhunderts.

Die blutigen Judenverfolgungen in Rußland hinterlassen eine ungeheure Masse Elends in den vertriebenen, ausgeplünderten und des Ernährers beraubten Familien. Wie gewöhnlich nach solchen weithundigen Greueln geschieht, regt sich auch diesmal in den Herzen des fernerstehenden Publicums einiges Mitleid; man veranstaltet in den Hauptstädten Europas Sammlungen, um ein paar Tropfen Linderung in die Gluth des Jammers zu gießen. Wackere Männer aller Confessionen und aller Parteirichtungen treten zusammen, um Comités zu bilden, welche die Leitung des barmherzigen Werkes übernehmen. Die Zeitungsexpeditionen, ohne Unterschied der Farbe, erklärten sich bereit, Gaben anzunehmen und zu befördern. Unter diesen Expeditionen befindet sich auch die der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Die Geschäftsführer des gouvernementalen Blattes scheinen nicht daran gedacht zu haben, daß in diesem Erbeten möglicherweise ein Symptom von verdammlichem Liberalismus könne erkannt werden. Sie sind sehr bald belehrt worden. Ein Artikel, allerdings nur ein „eingesandter" und mit adligen Anfangsbuchstaben gezeichneter, das „Reichsbeten" hat dieserhalb der „Nordd. Allg. Zeitung" scharf den Text gelesen. Der deutsch-conservative Verfasser findet es höchst verwerflich, daß ein mit der Regierung befreundetes Blatt sich „dieser Gesellschaft" (der russischen Juden nämlich) annehme, welche endlich von dem gerechten Zorne des Volkes ereilt worden sei. Er hält es für wichtig, Dies auszusprechen, damit das pflichtvergessene Regierungsblatt erkenne, welchen Eindruck seine Betheiligung an den Sammlungen in conservativen Kreisen hervorgerufen habe. Wir müssen gestehen, sagt die „Weser-Ztg.", daß dieser Ausdruck wilder Rohheit uns doch erschreckt hat, selbst in diesen Zeiten, in denen man sich an gar Manches gewöhnt hat, was früher Entsetzen erregte. Nicht genug, daß man die mildthätige Unterstützung mißhandelter Weiber und Kinder brandmarkt, bei welcher doch von irgendwelchen politischen Nebenabsichten in diesem Falle nicht entfernt die Rede sein kann: es wird auch geradezu die Niedermetzelung und Plünderung der Juden als ein löbliches Werk als ein Act gerechter Entrüstung bezeichnet und also doch wohl zur gelegentlichen Nachahmung empfohlen. Und doch hat gerade dasjenige Publicum, welches sich deutsch-conservativ nennt, ein auf der Hand liegendes Interesse, daß in diesen Hetzereien einiges Maß beobachtet, daß die Furie nicht völlig von der Kette gelassen werde. Denn auch ein blödes Auge kann erkennen, daß das letzte treibende Motiv des Antisemitenthums der Neid gegen die günstiger situirte Minorität ist. Dieselben russischen Bauern, deren blinde Wuth man diesmal gegen die Israeliten gelenkt hat, sind zu anderen Zeiten eben so schnell bei der Hand gewesen, Edelsitze anzuzünden und Gutsherren mit Dreschflegeln todtzuschlagen!

Musik.

Pensions-Concert.

—n. Leipzig, 23. Juni. Wenn ein Wohlthätigkeits-Concert durch das günstigste Wetter unterstützt wird, so muß man sich freuen, und dies war gestern doppelt der Fall, da Herr Musikdirector Walther bei Abhaltung dieses nationalen, der Pensionscasse der Musikmeister des deutschen Heeres gewidmeten Concertes oft genug mit der Ungunst des Wetters zu rechnen hatte, diesmal aber durch einen herrlichen Sommerabend unterstützt wurde. Der Vogerand'sche Garten war bis auf den letzten Platz gefüllt und Manche fanden nur mit Müh und Noth ein Unterkommen. Das Programm war ganz dem Zwecke angemessen; es enthielt meist ernste und gediegene Stücke. Nachdem der Vortrag der Tannhäuser-Ouverture — bekanntlich eine Glanzleistung der Capelle — den musikalischen Reigen eröffnet hatte, folgte die Meditation von Bach — sicher und abgerundet gespielt. Daran reihte sich weiter: Fantasie aus Don Juan (obgleich dergleichen Bearbeitungen immer Beifall bei dem Publicum finden, wird doch stets dem Genius des Meisters dabei zu nahe getreten), die ungarische Rhapsodie Nr. 1, die Oberon-Ouverture, das von religiöser Empfindung getragene Largo von Händel, Wotan's Abschied und Feuerzauber aus der Walküre, der Hochzeitsmarsch aus dem Rattenfänger von Hameln

SLUB
Wir führen Wissen.